

Saale-Beitung.

Zweimalwöchentliches Jahrgang.

Bezugspreis
Im Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jährlicher Bestellung 7,75 M., durch
den Post 8 M., postmonatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Befehlgeb.
Bestellungen werden von allen Bezugs-
stellen angenommen.
Nr. 284 des allg. Zeit.-Bzg.
Alle die Redaktion beauftragt:
Dr. Guido Schulze in Halle.
[Verlagsbuchhandlung mit Berlin, Velspa, Magdeburg u.
Königsb.-Str. 178.]

Anzeigen
werden die Spaltenzeit oder deren Raum
mit 20 Pf., sechs ans Halle mit
15 Pf., berechnet und bei Anzeigen,
von welchen Anzeigenstellen mit an-
genommenen Expeditionen angenommen.
Kleinanzeigen die Seite 60 Pf.
Erhalten höchstens 10 Pf.;
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst zweimal täglich.
Der Abdruck anderer Original-Artikel
ist nicht gestattet.

Nr. 284. Halle a. d. Saale, Dienstag den 21. Juni 1898. 1898.

Das Wachstum der Sozialdemokratie.

So wenig auch bisher die endgültige Zusammenfassung des Reichstags feststeht, so ist doch zweifellos schon mit Gewissheit zu übersehen, nämlich einmal, daß die Konzentration und Aggregation der Parteien die Folge der letzten Reichstagswahl war, und daß zweitens, daß alleinstimmig ein außerordentliches Wachstum der Sozialdemokratie hervorritt. Die Konzentration haben, abgesehen von kleineren Parteigruppen, bisher ohne Zweifel die empfindlichsten Einbußen erlitten, denn sie haben nur 48 Mandate endgültig erhalten und sind bei den 188 Reichstagswahlen nur in 73 Wahlkreisen bestelligt, während sie am 15. Juni 1893 in 137 Mandate erhielten und an 75 Reichstagswahlen bestelligt waren. Allen Anzeichen nach ist ferner eine große Zahl der konservativen Reichstagsmitglieder erheblich weniger auserwählt als vor fünf Jahren. Wenn man also von dem Wund der Landwirte eine bedeutende Kräftigung der konservativen Partei erwartet, so hat man sich gründlich getäuscht. Die ganze Agitation des Bundes hat der Partei nicht genützt, mehr aber kann man sagen, daß sie ihr verhängnisvoll geschadet habe. Denn zweifellos ist das Treiben des Bundes der Landwirte in weitem Maße der Sozialdemokratie zu gute gekommen, da diese Partei die ausweichendsten Forderungen wie die denagogische Taktik des Bundes aus das wirksamste für ihre eigenen Zwecke auszunutzen vermochte. In einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen ist auch gerade durch den Wund der Landwirte bewirkt worden, daß die Sozialdemokratie in die Stichwahl kommt, wo sie sonst ausgeschlossen wäre.

Die Tätigkeit des Bundes der Landwirte freilich reißt nicht aus, um das Ansehen der Sozialdemokratie zu erklären. Hierfür muß man vielmehr nach anderen Ursachen suchen und die liegen allerdings nicht besonders fern, wenn man sich der Bezüge der letzten Jahre erinnert. Man hat in der Regierungskreise längst verstanden, mit der großen Masse des Volkes die nötige Fühlung zu nehmen und ihren freischwebenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen; die Lustigkeit und Beherdenhaftigkeit der Politik namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet hat vielfach Demütigung hervorgerufen. Vorgänge wie die Änderung des Wahlrechts in Königreich Sachsen haben die Begehrtheit erregt, daß auch in Reich die ähnliche Maßnahme bevorzugen könne, wenn nicht dagegen durch die Wahlen nachdrücklicher Protest erhoben werde. Klänge wie die Erhöhung der Brauersteuer sind noch unergessen. Eine Wirtschaftspolitik, welche wie in den letzten Jahresangaben fündel, selbst wenn sie aus den besten Absichten hervorgegangen ist, unter allen Umständen doch als schädlich empfunden wird, weil sie der Sozialdemokratie einen Anhalt bietet, die Aufmerksamkeit zu begründen, daß sich die Gesetzgebung in den Dienst einer bestimmten Klasse stelle. Die hohen Getreidepreise gerade in einer Zeit der Wahlbewegung tragen dazu bei, die Gefährlichkeit der weiteren Erhöhung der Getreidepreise auch jenen Landwirten vor Augen zu führen, die gar kein oder nur wenig Getreide zu verkaufen haben, in einzelnen Teilen des Jahres aber selbst Getreide kaufen müssen. Die Hunderttausende von Arbeitern in den Industriebezirken empfinden die Viehpreisen, die Verschärfung der Einkünfte von Nachschubmitteln aus dem Ausland und jedes ähnliche Vorgehen als eine Verhöhnung ihres Wohlstandes. Anzeichen wie die Straf-Verordnungen über den Wollschuß und über die Irregelmäßigkeit gehen, selbst wenn sie in Rücksicht auf rechtliche Folgen für die Gesetzgebung sind, doch als Anzeichen der wahren Abkehr der leitenden Staatsmänner betrachtet. Das alles und vieles andere kommt zusammen, um die Ausläufer für die Sozialdemokratie zu bereichern.

Mit dem Schlagwort von der revolutionären, vaterlandslosen Gefinnung der Sozialdemokratie wird heute wenig Erfolg erzielt, da die Sozialdemokratie selbst einmal von dem sozialistischen Teil ihres Programms wenig Gebrauch mehr macht, sondern aber auch in der ganzen Wahlbewegung diejenigen Punkte, die sie von der bürgerlichen Demokratie trennt, ganz in den Hintergrund gedrängt hat. Wenn man die Flugblätter der Sozialdemokratie liest, so fand man vielfach nichts als dieselben Forderungen, die die Sozialdemokratie schon vor einem Menschenalter gestellt hat, Forderungen, die hauptsächlich heute in parlamentarischer registrierter Staaten Genossenschaft aller Parteien sind. Beispielsweise sind die Konservativen in England durchweg in rein politischen Dingen eben so radikal wie es bei uns die Sozialdemokratie ist. In diesem Punkt zeigen sich am schärfsten die Vermisshaltungen der herrschenden Politik. Es geht auf die Dauer nicht an, daß man die einschüchtern liberalen Wünsche unberücksichtigt läßt. Man vergleiche beispielsweise den Zustand des öffentlichen Rechts in Deutschland und in England. Hier ist noch nicht einmal allenfalls das Verbot der politischen Vereine, mit einander in Verbindung zu treten, aufgehoben worden; in England herrscht absolute Vereins- und Versammlungsfreiheit. In Deutschland ist die Zahl der Verbotprozesse schon seit Beginn des Jahres 1897 um ein Vielfaches öfter als in England im Vergleich mit England. Gerade die wichtigsten politischen Rechte aber sind heute in Deutschland in einem solchen Zustande, daß immer diejenige Partei auf die größte Anhängerschaft zu rechnen hat, die freisinnliche Forderungen am schärfsten vertritt. Daher kommt es auch, daß eine Lumenge freisinnlich gefinnter Bürger für Sozialdemokraten stimmt, ohne entfernt das soziale Programm dieser Partei zu billigen.

Daher trägt die ganze Wirtschaftspolitik der neuesten Zeit zur Stärkung der Sozialdemokratie bei. Einst wurde vom Bundesratspräsidenten verstanden, bei jeder Maßnahme müsse die Regierung erwägen, wie sie auf die Sozialdemokratie wirke. Die Praxis der Regierung ist nicht auf diese Weise an handelspolitischen Rücksichten erfolgt, sondern vornehmlich aus sozialpolitischen. Man wollte den Versuch machen, die Sozial-

demokratie für den Staat und die heutige Ordnung zu gewinnen, indem man die Rolle auf die notwendigen Lebensmittel wenigstens herabsetzte. Allein die Wirkung dieser Maßregel ist aufgehoben worden durch jene Beurlaubung, die wiederum vom Bundesratspräsidenten gegen die Handelsvertreter ausgesprochen wurde. Auch hier zeigt sich der Gegensatz zu England. Wenn man den Grundzug der englischen Steuer- und Zollpolitik bezeichnen will, so ist es die vollkommenste Befreiung aller Nahrungsmittel und Bedarfsartikel der großen Masse des Volkes von Steuern und Zöllen. Denselben Gedanken hat der konservativste Geheimrat Hermann Wagner verfolgt in seinem Plane, den er für die spätere sozialpolitische Politik des ersten Kaisers ausarbeitete. Er verlangte auf der einen Seite positive Maßnahmen zum Besten des Arbeiterstandes, auf der anderen Seite aber als notwendige Ergänzung und einzige Gewähr für den Erfolg dieser Politik die Aufhebung derjenigen Steuern und Zölle, die auf die Bedürfnisse des kleinen Mannes fallen. Dieser ist dieser Maßnahme nicht befolgt worden. Und je mehr die entgegengeetzte Richtung eingeschlagen wurde, um so stärker ist die Sozialdemokratie geworden.

Die Sozialdemokratie ist nicht anders zu überwinden als durch eine weitestgehende liberale Politik sowohl auf dem Gebiete der Volksrechte, als auf dem Gebiete der Finanzen. Anholz v. Öbering hat einmal ausgeführt, daß die Verbesserung der Reichssteuere die Unparteilichkeit der Verwaltung für die Sicherung des Vaterlandes auch gegenüber einem auswärtigen Feinde ist mehr wert als ein neues Armeekorps. Dasselbe gilt von dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Man muß nicht an der Oberfläche halten, sondern in die Tiefe der Volkssee dringen. Aber nicht ist geeigneter, die Sozialdemokratie zu fördern, als die Ausschließung namentlich des Vertriebens von der Regierung. Die Regierung ist und bleibt ganz überwiegend konservativ. Die Verwaltungskomitee werden so vornehmlich aus der konservativen Partei entnommen, doch selbst ein nationalliberaler Kandidat oder Präsident in Preußen so selten ist wie ein weiser Mann. Die Enttötung dieser Regierungssystem ist das Wachstum der Sozialdemokratie. Jetzt, im letzten Augenblicke vor den Stichwahlen, ertönt von verschiedenen Seiten der Ruf: Unter allen Umständen muß die Sozialdemokratie! Wir glauben, daß man mit diesem Ruf nicht allzuviel Erfolg haben wird. Denn eine Neue auf dem Sterbebette kommt gewöhnlich zu spät. Auch hat der Wund der Landwirte dafür gezeigt, daß die sozialdemokratische Gefahr vielfach nicht mehr in gleichem Maße als dringend gilt wie die agrarische. Man mag diese Wirkung beklagen, aber man kann sie nicht leugnen und am politischen Leben soll man dies Ding wieder beklagen noch beklagen, sondern begreifen. Wenn man sich erst über die Ursachen des Wachstums der Sozialdemokratie klar sein und zu ihrer Beseitigung entschließen wird, dann, aber auch erst dann, wird man die Sozialdemokratie überwinden. Niemals aber wird man zu diesem Ziele kommen auf agrarischen Wegen oder durch weitere Beschränkung der Freiheit.

Deutsches Reich.

Noch eine Ansprache des Kaisers.

Die schon in Kürze erwähnte Ansprache, die der Kaiser am Tage nach seinem zwanzigjährigen Regierungsjubiläum an die im Konterrat des königlichen Opernhauses versammelten Mitglieder der Berliner Deputation gehalten hat, legt jetzt im Wortlaut vor. Danach lautet der Kaiser:

Ich habe Sie geliebt, sich hier einzufinden, weil ich wünschte, daß Sie an dem heutigen Tage teilnehmen sollten, wie ich auch, die heute zu demselben Leben soll man dies Ding wieder beklagen noch beklagen, sondern begreifen. Wenn man sich erst über die Ursachen des Wachstums der Sozialdemokratie klar sein und zu ihrer Beseitigung entschließen wird, dann, aber auch erst dann, wird man die Sozialdemokratie überwinden. Niemals aber wird man zu diesem Ziele kommen auf agrarischen Wegen oder durch weitere Beschränkung der Freiheit.

fest bestehen und in treuem Glauben ausdauern. Hatten Sie sich verfehlet, daß ich über die Ihre Leistungen in Bezug behalten werde, und daß Sie meines Dankes, meiner Ehrfurcht und meiner Anerkennung gewiß sein können.

Was geht vor?

In einem Zeitartikel unter der vorstehenden Überschrift kommt die „Rein Volksgaz.“ heute nochmals auf ihre reichlichen Entstellungen zurück und die Demokratie, die sich dagegen richtet. Das rheinische Centrumblatt hebt dabei hervor, daß man nur den ganzen Artikel in Mainz und Bogen „benimmt“, aber nicht ein einziges Detail. Im übrigen kennzeichnet das Blatt die Lage folgendermaßen:

Die konservativen und die bürgerlichen Politiker waren unter dem Eindrucke in die Wahlkämpfe gegangen, daß Herr v. Bismarck für Mann, ihre Schute ihre Verfügung sei. Sie hatten sich wohl irgend einen Anhalt für ihre Auffassung gefehlt haben. Man findet sie aber im Wahlkampf, daß die Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten keineswegs so ausgiebig sei, wie sie es sich gedacht hatten; dazu kam auch die Bildung Schmalz-Größen die Vorkämpfer für und auch, sie hatten zu der Erkenntnis über zu dem Glauben, daß es wesentlich an dem Herr von Bismarck und dem Herrn von Bismarck liegt, wenn der Kurs nicht weiter noch richtig geht. Das diese Herrn jetzt ihr Streben darauf richten würden, diesen Ministern Schwierigkeiten zu machen, lag eingesehen nahe; doch die Herr v. Bismarck auf dem Stande erhoben, war um so verhängnisvoller, als sie doch nicht vorwärtsgehen konnten, keine Offizien werden alsbald die Politik der Kaiser, Sohn und Vögel besaßen. Die „Rein Volksgaz.“ ist aber zu diplomatisch gefühllos, in „Rabalen“ zu sehr erkennen, um direkt auf ihr Ziel loszugehen; sonst könnte man an der Stelle kaum ein Wort machen, wo das Wort vom „Bismarck“ gesprochen war. Man sollte also die Hebel der internationalen Politik an, und zwar an der Stelle, welche nach einem bezeichnenden Anzeichen den „Bismarck“ der auswärtigen Stellung Deutschlands bildet. Das ist unter Bismarck in zu Bismarck; seine Worte sind so wichtig, wie hervorgehoben. Das Bismarck ergibt sich von selbst. Durch verschiedene Kanäle vertriebe man zu lancieren, daß aus diesem Grunde ein Wechsel im Ministerium und im Staatsrat des Reiches notwendig wäre, und daß sich diese, das wichtige zu empfehlen, vorant, aber nicht, wie hervorgehoben, die Bismarck, Bismarck-Garou, werden ein bekannter, am St. Peterburger Hofe beliebter Diplomat zu verstehen ist.

Mit dem „am Peterburger Hofe beliebten Diplomaten“ ist zweifellos der frühere Vorkämpfer v. Werder gemeint.

Konservative Doppelzüngigkeit.

Die „Kreuzzeitg.“ auf deren zweideutigen Verhalten anlässlich der Stichwahlen vor erst heute morgen verweisen, hat eine Bemerkungsworte in der ihr politisch sehr nahestehenden „Schief. Ztg.“ gefunden. Das letztere Blatt schreibt am Sonntag:

Selbst, wenn die vorkonservativ-freisinnigen Wähler in erheblicher Zahl der schamlosen Aufzorderung eines Wechsels ihrer Bezüge folgen und bei den Stichwahlen die Sozialdemokratie liberal zu unterstützen wollten, wie die einer der Parteiparteien gegenübersteht, so...

Also eine „Schamlosigkeit“ ist es, wenn ein Freigeizig dazu auffordert, in der Stichwahl den Sozialdemokraten gegen den Anhänger einer bürgerlichen Partei zu unterstützen. Ist dem so, so bleibt jedenfalls der „Schiefen Zeitung“ selbst der Ruhm, der bürgerlichen Presse in dieser „Schamlosigkeit“ voranzugehen zu sein. Die „Schief. Ztg.“ verweist zum Beweise dessen auf eine Nr. derselben „Schief. Ztg.“ vom 18. Juni 1893 mit einem Zeitartikel: „Bismarck's Wahlpolitik“, welcher mit den Worten beginnt: „Ein Urteil über den defizienten Beruf der Reichstagswahl...“ und mit der politischen Parole schließt: „Für Kaiser und Reich“ für König und Vaterland.“ In diesem Artikel heißt es wörtlich:

„Gute Wähler selbst ist gewöhnlich, sich in ihrem alten Wahlsystem hagen mit den Sozialdemokraten bei der Stichwahl zu weichen. Wir halten es für ganz sich überflüssig, daß die Wähler der konservativen Parteien dem Sozialdemokraten gegen Eugen Richter zum Siege verzeihen.“

Man sieht, so bemerkt die „Schief. Ztg.“ mit Recht hierzu, mit welcher schamlosen Doppelzüngigkeit und welchen, in keiner Unanständigkeit unwürdigen Maßes die reaktionäre Presse es versucht, je nach den Absichten, die sie im Augenblicke verfolgt, einmal schwarz als weiß und dann weiß als schwarz hinzustellen. Diese Presse sollte es sich merken, daß ein solches Gedächtnis außer den Wählern niemandem leichter einen Streich spielt als den Doppelzünglern.

In den Wäldern.

* Unseren zahlreichen Freunden und Mitarbeitern vor nach und nach, die uns in so liebenswürdiger und prompter Weise über den Anstalt der Reichstagswahlen in ihren Wahlkreisen unterrichten, sagen wir hierdurch unseren besten Dank für ihre freundlichen Bemühungen. Wir richten an sie heute die Bitte, uns auch über den Anstalt der in ihren Wahlkreisen etwa notwendig gewordenen Stichwahlen in gleicher Weise unterrichten zu wollen. Von der Liebermittlung von Teilergebnissen bitten wir absehen und uns nur die Gesamt-ergebnisse der bet. Wahl mitteilen zu wollen, oder solche Ergebnisse, aus denen sich bereits ein sicherer Schluss auf den Gesamtanstand ziehen läßt. Telegramme, die uns bis meynens 7 1/2 Uhr erreichen, können noch im Morgenblatt Aufnahme finden; für das Abendblatt ist die Schlußzeit für Telegramme 2 1/2 Uhr.

Der konservative Gegenstand des Herrn v. Bismarck im Wahlkreise Wetzlar, Regierungsrat v. Wollow, hat an ein Mitglied der konservativen Partei ein Schreiben ge-



